

M1 Entwicklungshilfe – wie schafft Ghana den Weg aus der Armut?



© picture alliance / dpa / Friso Gentsch / Volkswagen

Der Automobilkonzern Volkswagen will in Nigeria und Ghana Montagewerke errichten. VW-Manager unterzeichneten bereits eine entsprechende Vereinbarung mit den beiden Ländern (08/2018). Teil des Abkommens ist auch der Aufbau einer Ausbildungsakademie, in der die ersten Mitarbeiter geschult werden. Die deutsche Bundesregierung unterstützt das Vorhaben. Die nigerianische Regierung hat im Gegenzug zugesagt, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Herstellung von Fahrzeugen in dem Land zu unterstützen.

Ghana

Auf den Märkten und bei den Straßenhändlern in Ghana werden keine heimischen Tomaten verkauft, sondern Tomaten aus dem Ausland, die z.B. aus Süditalien importiert werden. Viele importierten Produkte sind aufgrund von EU-Subventionen günstiger als die heimischen Erzeugnisse.



© mauritius images/imageBROKER/ Ulrich Doering

AUFGABE

1. Spontanurteil: Kann der Weg aus der Armut und hin zu dauerhaftem Wachstum in Ghana so gelingen? Begründen Sie Ihre Meinung.

M2 Öffnung der Märkte – EU-Freihandelsabkommen mit Afrika

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern haben sich seit der Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien gewandelt. Die Handelsströme waren zunächst noch überwiegend auf Europa ausgerichtet, und Europa gewährte weitreichende Handelspräferenzen, die die industrielle Entwicklung befördern sollten. Inzwischen ist die Bedeutung anderer Handelspartner wie die USA, China oder weitere aufstrebende Schwellenländer erheblich gewachsen. Zugleich führte aber das Entstehen globaler Wertschöpfungsketten zu einer weltweiten Verschärfung des Wettbewerbs. Zudem sind interne Faktoren wie Rechtssicherheit, Infrastruktur oder politische Stabilität noch wichtiger für die wirtschaftliche Situation eines Landes geworden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Rolle dem Außenhandel eines Landes für seine Entwicklung zukommt und ob und inwiefern die Europäische Union durch eine entsprechende Ausgestaltung von Freihandelsabkommen mit ärmeren Ländern zu deren nachhaltiger Entwicklung beitragen kann. [...]

Besonders viel Aufmerksamkeit – und das gilt insbesondere für Deutschland – haben die Verhandlungen zu Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPA) mit den ehemaligen Kolonien auf sich gezogen. Diese Abkommen wurden zwischen 2002 und 2014 mit afrikanischen Regionen sowie mit der karibischen und der pazifischen Region verhandelt. Sie lösen die ein-

seitigen Handelspräferenzen der EU gegenüber ihren ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und dem Pazifik (AKP) ab. Unter den EPA räumt die EU den Handelspartnern vollkommen zoll- und quotenfreien Marktzugang ein (100 Prozent) während die AKP-Regionen in geringerem Umfang (etwa 80 Prozent) ihre Märkte öffnen. Dabei ist der Zugang zum EU-Markt unter den EPA besser als die vorher geltenden Regelungen, nach denen nur etwa 97 Prozent der Importe aus den AKP-Staaten frei waren und gerade die wettbewerbsfähigeren (Agrar-)Sektoren der AKP-Länder ausgeschlossen blieben. Mit den EPA sollen die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten dauerhaft auf eine Grundlage gestellt werden, die den Regeln der Welt- handelsorganisation (WTO) entspricht. Dafür mussten nach dem Recht der WTO Freihandelszonen abgeschlossen werden, die „Reziprozität“ (Marktöffnung von beiden Seiten) vorsehen. [...]

13 AKP-Staaten in Afrika setzen inzwischen ein EPA um, manche davon seit einigen Jahren. Das EPA mit Madagaskar, Mauritius, Simbabwe und den Seychellen (Eastern and Southern Africa, ESA) ist seit 2012 in Kraft, das Abkommen mit Kamerun als einzigem Land in Zentralafrika seit 2014, das Abkommen mit Botswana, Lesotho, Mosambik, Namibia, Südafrika und Swasiland (Southern African Development Community, SADC) sowie zwei getrennte EPA mit der Elfenbeinküste und Ghana seit 2016. Bis dahin galt ab 2008 allerdings der zoll- und quotenfreie Marktzugang in die EU als Übergangslösung.

Evita Schmiege, Außenhandel für nachhaltige Entwicklung? Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem globalen Süden, bpb.de, 19.1.2018

AUFGABE

3. Beschreiben Sie, welche Ziele die EU mit den Freihandelsabkommen mit Afrika verfolgt (M2).

M3 EU-Importe torpedieren Afrikas Wirtschaft



Südafrikanische Demonstranten protestieren gegen Billigfleisch-Importe aus Europa © getty images / AFP / Gianluigi Guercia / Volkswagen

Abraham Kampelege betreibt ein lohnendes Geschäft am Abeka-Markt in Ghanas Hauptstadt Accra: Er handelt mit tiefgefrorenem Hähnchenfleisch. Der Name seines Ladens ist Programm: „Cheaper Land Coldstore“. Sein Verkaufsschlager sind Hähnchenschenkel aus Holland, die Zehn-Kilo-Box für 85 ghanaische Cedi, etwa 19 Euro. „Die Leute schätzen unsere Qualität“, sagt der Händler im weißen Kittel, „und es ist praktisch für die Leute, einzelne Schenkel zu bekommen. So können sie genau so viel einkaufen, wie sie brauchen“.

Gut zwanzig Meter weiter sitzt George Aguzia vor einem vergitterten Holzverschlag, in dem lebende Hühner vor sich hin scharren. Ein Fünf-Kilo-Exemplar kostet bei ihm 50 Cedi, etwa elf Euro. Für einen kleinen Aufpreis bekommt der Kunde das Tier gleich geschlachtet und gerupft. „Frischer geht es doch nicht“, sagt er, „und bei uns wissen die Leute wenigstens, woher die Hühner kommen.“ Die Tiefkühlware aus dem Ausland dagegen, da wisse man nicht, wie oft sie schon angetaut sei, schließlich hat Ghana immer wieder mit Stromausfällen zu kämpfen. „Und wer weiß, womit die Tiere vorher gefüttert wurden?“ Argumente, die nicht von der Hand zu weisen sind. Nur: Die tiefgefrorenen Hähnchenteile aus dem Ausland sind billiger als die frischen aus heimischer Züchtung. George Aguzia sagt, er habe seit drei Tagen kein einziges Tier verkauft.

Geflügelanbieter in Westafrika leiden schon seit Jahren unter billigen europäischen Importen. [...] Das Paradoxe: In fast allen Ländern Afrikas leben die Menschen mehrheitlich von der Landwirtschaft. Trotzdem exportieren sie relativ wenige Agrarpro-

dukte, im Gegenteil: Sie importieren sogar Lebensmittel, selbst aus Europas Industrienationen.

Ein Grund für diese erstaunliche Handelsstruktur: Die EU unterstützt ihre Bauern mit Subventionen, diese können ihre Produkte dann sowohl in Europa als auch außerhalb zu sehr niedrigen Preisen anbieten. Afrikas Landwirten bereitet diese Politik Probleme. Die künstlich verbilligten Produkte aus Europa drücken nicht nur die Preise, sie erschweren auch die Entwicklung einer Agrarindustrie, die mehr Arbeitsplätze schaffen könnte als die reine Landwirtschaft. [...]

[Doch] geht es nach dem Willen der EU, sollen künftig noch mehr europäische Waren auf afrikanischen Märkten zu finden sein. Seit 2003 verhandelt Brüssel mit Ländern südlich der Sahara – aufgeteilt in fünf Ländergruppen – über neue Handelsabkommen, genannt Economic Partnership Agreements (EPAs). [...] Dass die EPAs Risiken für die verletzlichen Ökonomien Afrikas mit sich bringen, bestätigen auch Experten. „Durch die Öffnung für europäische Importe wird der Druck auf die Landwirtschaft und die wenig entwickelte verarbeitende Industrie in Afrika deutlich steigen“, schreibt eine Gruppe von Afrika-Ökonominnen des Hamburger Giga-Instituts in einer kürzlich veröffentlichten Analyse. Die Handelsbeziehungen zu reformieren, so die Forscherinnen, erscheine aber trotzdem geboten: Schon seit Jahrzehnten nämlich gewährt die EU den Ländern des Kontinents einseitig Handelserleichterungen – ohne dass sich an den Grundproblemen afrikanischer Volkswirtschaften groß etwas geändert hätte. Die Ökonominnen sehen in den EPAs deshalb auch eine Chance: Wenn die EU die afrikanischen Partner bei wirtschaftlichen Reformen unterstütze und ihnen dabei helfe, die negativen Effekte abzufedern, würden beide Seiten vom Freihandel profitieren.

Für George Aguzia, den ghanaischen Geflügelhändler, könnte das bedeuten, dass er künftig vielleicht keine Hühner mehr auf dem Markt verkauft. Sondern auf einer großen Geflügelfarm mitarbeitet, die mit Hilfe von europäischem Startkapital aufgebaut wurde und auch für den Export produziert [...].

M4 EPA: Ghanaische Industrie befürwortet wichtiges Handelsabkommen



© SAFRI/BDI

In Ghana wird das EPA unter anderem vom Verband der Ghanaischen Industrien (Association of Ghana Industries AGI) unter seinem Präsidenten James Asare-Adjei befürwortet. Der BDI trifft James Asare-Adjei zum Interview.

Warum hat AGI dem EPA zugestimmt?

Das EPA ist ein wichtiges Handelsabkommen, das eine große Debatte unter Unternehmen, gesellschaftlichen Gruppen und Denkfabriken in Ghana ausgelöst hat. [...] Das Ministerium hat eine Strategie für Begleitmaßnahmen (EPA Accompanying Measures Strategy) verfasst, um etwaige negative Auswirkungen zu mildern und die vom EPA gebotenen Chancen zu maximieren. Darüber hinaus wurde die Strategie in beratenden Workshops einer Überprüfung unterzogen, um die Anliegen der Privatwirtschaft voll einzubeziehen. Ich versichere Ihnen, dass es ein langer Prozess war, der letztlich zur Zustimmung zum EPA geführt hat.

Zurzeit ist die EU der größte Abnehmer für Ausfuhren (46 Prozent) aus Ghana. Studien haben ergeben, dass das EPA die Rentabilität um 77 Prozent bei Unternehmen in Teilsektoren der verarbeitenden Industrie, im Wesentlichen durch niedrigere Eingangspreise, erhöhen wird. Das entspricht dem Hauptschwerpunkt des EPA, Zollsenkungen bei Vorprodukten und Zwischenerzeugnissen einzuführen, was wiederum Hersteller vor Ort begünstigt. Ich bin der festen Überzeugung, dass ein Strukturwandel von einer import- zu einer exportorientierten Wirtschaft sowohl eine robuste Wirtschaft als auch eine stabile Währung

und sehr gute Aussichten für die Schaffung von Arbeitsplätzen gewährleisten wird. Aus diesem Grunde eröffnet ein Abkommen wie das EPA neue Exportmöglichkeiten und stellt sicher, dass diese Agenda erfüllt wird.

Wie kann das EPA die nachhaltige Entwicklung Ghanas unterstützen?

Es ist vor allem der weiterhin zollfreie Zugang zum EU-Markt, von dem viele der wichtigsten Sektoren von Ghanas nationaler Exportstrategie profitieren. Zu diesen Sektoren gehören verarbeitete Kakaoprodukte, pflanzliche Produkte, Obst und Fisch. Einige der ghanaischen Exporteure sind fast ausschließlich auf den EU-Markt angewiesen. Ihre Produkte wären von zusätzlichen Zöllen betroffen, hätte Ghana das EPA nicht ratifiziert. Tunfischerzeugnisse wären sonst mit ca. 12 Prozent bis 24 Prozent höheren Steuer- und Zollabgaben und verarbeitete Kakaoprodukte mit ca. 6 Prozent belegt. Insgesamt kämen geschätzte Zusatzkosten von 50 Millionen US-Dollar auf Exporteure zu.

Wie werden die EPAs der Economic Community of West African States (ECOWAS) zugutekommen?

Die EPAs beinhalten Schutzklauseln, die es Ländern gestatten, das Abkommen einer Überprüfung zu unterziehen, wenn sie den Eindruck gewinnen, dass es ihre Wirtschaft, bestimmte Industriezweige oder Handelsbereiche negativ beeinflusst. Mit diesen Schutzklauseln tritt man auch den Befürchtungen entgegen, dass die Abkommen für immer bindend sind.

Es ist sehr gut, dass die EPAs Unterstützung für den Einsatz von handelspolitischen Schutzmaßnahmen bieten. Das gewährt den westafrikanischen Staaten genug Flexibilität, um vorübergehenden Schutz für sensible Wirtschaftsbereiche sicherzustellen, ohne das EPA zu beeinträchtigen. Ich bin der Meinung, der globale Handel unterliegt einem schnellen Wandel. Um dabei nicht außen vor zu bleiben ist für Westafrika wichtig, sich dementsprechend auszurichten.

EPA: Ghanaische Industrie befürwortet wichtiges Handelsabkommen, Bundesverband der Deutschen Industrie, 27.2.2017